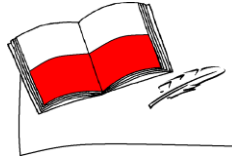




Związek Polaków
w Niemczech spod znaku
Rodła e.V.



Polska Macierz Szkolna
w Niemczech e.V.



Chrześcijańskie Centrum
Krzewienia Kultury, Tradycji
i Języka Polskiego
w Niemczech e.V.



Kongres Polonii
Niemieckiej e.V.

PRESSEMITTEILUNG

Am 16. September 2021 fand in Köln eine Pressekonferenz der Allianz der Polnischen Organisationen in Deutschland statt, mit dem Ziel die Erwartungen der Polonia zum Ausdruck zu bringen und sie der Öffentlichkeit darzustellen.

Die Allianz der Polnischen Organisationen in Deutschland wurde in Warschau am 17. Januar 2019 als eine Fortführung der jahrelangen guten Zusammenarbeit zwischen den größten Polonia- Organisationen gegründet. Ziel dieser Allianz ist die Schaffung einer Plattform für die Polonia- Dachorganisationen, um deren Ziele zu diskutieren, sich auszutauschen und einheitlich nach außen zu formulieren.

Für die Allianz waren anwesend: Herr Josef Malinowski, Vorsitzender der Organisation Bund der Polen in Deutschland e.V., Herr Dr. Bogdan Milek, Vorsitzender des Kongresses der Polnischen Organisationen in Deutschland e.V. und Andreas Holm, Vizevorsitzender des Christlichen Zentrums zur Förderung der Polnischen Kultur, Tradition und der Polnischen Sprache in Deutschland e.V.

Zur Frage der Förderung des Unterrichts der polnischen Sprache als Muttersprache in Deutschland wurde seitens Herrn Holm betont, dass in diesem Bereich keine Fortschritte erzielt werden konnten und der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die gute Nachbarschaft und freundliche Zusammenarbeit aus dem Jahre 1991 weiterhin nicht umgesetzt wird.

Während die Schüler, die zu der deutschen Minderheit in Polen gehören vom polnischen Staat mit einem Betrag von 1.000,00 € jährlich unterstützt werden, damit sie die deutsche Sprache, Bräuche und Kultur erlernen, gibt es keine vergleichbare finanzielle Unterstützung eines solchen Unterrichtes in Deutschland statt. Die dadurch entstandene Disproportionalität steht im krassen Widerspruch zu den Regelungen des Nachbarschaftsvertrages aus dem Jahr 1991. Die Polonia begrüßt zwar, dass in manchen Bundesländern der Unterricht der polnische Sprache im schulischen Bereich angeboten wird. Dies betrifft jedoch den Unterricht der polnischen Sprache als Fremd- oder Herkunftssprache und kann nicht den Sprachunterricht als Muttersprache ersetzen. Genau diese Form wird von Poloniaorganisationen im außerschulischen Bereich unterrichtet.

Aus Sicht der Polonia ist der wiederkehrende Verweis der Bundesregierung auf die Länderkompetenz in Bildungsfragen ein Anzeichen des fehlenden politischen Willens. So

gibt es Bereiche der Bildung, die in die Bundeskompetenz fallen, wie die Beispiele des Sprachunterrichts der anerkannten Minderheiten in Deutschland oder den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Zuge der Migrationskrise organisierten und aus Bundesmitteln finanzierten Sprachunterrichtes für Kinder klar zum Ausdruck bringt.

Die Polonia betont, dass es sich hierbei lediglich um Einhaltung von vertraglichen Vorschriften, insbesondere des Art. 21 des Nachbarschaftsvertrages handelt, zu welchem sich die Bundesrepublik selbst verpflichtete.

In einem weiteren Punkt wies Herr Malinowski auf die nicht geklärte Frage von Entschädigungen für die Polonia für die unrechtmäßige Enteignung des Vermögens der Polonia in Zeiten des NS- Regimes und der Aberkennung des Statutes einer nationalen Minderheit für die in Deutschland lebenden Polen.

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Polonia bis 1940 als nationale Minderheit rechtlich anerkannt war und deren Organisationen über ein beträchtliches Vermögen in Form von Immobilien, Banken usw in mehreren Städten verfügten. Mit den sogenannten Göring- Dekret vom 27. Februar 1940 wurden die Organisationen aufgelöst und schadensersatzlos enteignet.

Bis zum heutigen Tage wurde dieses Unrecht nicht aufgearbeitet. Es ist das Bestreben der Polonia über diese Frage endgültig und historisch korrekt zu diskutieren.

Die bisherige Entschädigungsgespräche, die durch den „Bund in Polen in Deutschland“ nach Beendigung des 2. Weltkrieges geführt wurden, wurden bis zur Wiedervereinigung Deutschlands und Wiedererlangung vollständiger Dokumentation, ausgesetzt und leider nicht fortgesetzt.

Dr. Bogdan Miłek stellte kurz die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen und deren Einfluss auf die Polonia in Deutschland nach dem Abschluss des Nachbarschaftsvertrages im Jahr 1991 dar. Insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bundestagswahlen wies er auf die große Zahl der stimmberechtigten Menschen mit polnischem Migrationshintergrund. Fast 1 Million Stimmen könnte auf den Ausgang der Wahl einen erheblichen Einfluss haben. Es dürfte daher im Interesse aller politischen Parteien sein, nicht nur das geltende Recht durch Umsetzung des Nachbarschaftsvertrages zu wahren, sondern die Forderungen eines Teils der Gesellschaft ernst zu nehmen. Seit 1998 werden die Fragen durch die Poloniaverbände an die deutschen Parteien gestellt; zuletzt 2017 wurde eine öffentliche Diskussion in Berlin im Hotel Kempinski organisiert. Die Fragen und die Antworten wurden professionell und übersichtlich dargestellt und stehen den Interessierten, insbesondere den Politikern Deutschlands und Polen auch jetzt zu Verfügung. Die Fragen der Polonia – Organisationen sollten u.a. die möglichen Spannungen und Hindernisse in Deutsch – Polnischen Beziehungen vorbeugen.

Die Teilnehmer der Konferenz betonten ihre Offenheit und laden zur Zusammenarbeit mit weiteren Poloniaorganisationen in Deutschland sowie den deutschen Politikern auch nach den Bundestagswahlen AD 2021 zu einem konstruktiven Gespräch ein.

